

# Übersichten

Oktober 2001

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 China, der Krieg in Afghanistan und die Zeit danach

Der prinzipiell unterstützenden Haltung Chinas hatten sich die USA und Großbritannien versichert, als sie ihre angekündigten Militärschläge gegen die Taliban am 7. Oktober mit Luftangriffen auf Kabul und andere afghanische Städte begannen. Bereits wenige Stunden nach der ersten Angriffswelle artikulierte die chinesische Regierung jedoch ihre Hoffnung auf ein schnelles Ende der Militärationen und einen baldigen Frieden in Afghanistan. Beijing unterstütze grundsätzlich alle Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus, betonte jedoch, die militärischen Schläge in Afghanistan sollten klar definierten Zielen gelten; ungeschuldete Opfer in der Zivilbevölkerung seien zu vermeiden. Im Übrigen seien die entsprechenden Resolutionen der UNO und des UN-Sicherheitsrates einzuhalten.

Diese ersten Kommentare aus Beijing bilden die Grundlage der chinesischen Regierung. Die Haltung Beijings ist gekennzeichnet durch grundsätzliche

Unterstützung der USA und ihrer Verbündeten im so genannten Kampf gegen den Terrorismus, praktische unterstützende Maßnahmen und ein gleichzeitiges Widerstreben, die militärischen Aktionen in Afghanistan expressis verbis gutzuheißen. Diese Position schlug sich auch im diesbezüglichen gemeinsamen Kommuniqué des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs der APEC vom 20. bis 21. Oktober in Shanghai nieder (vgl. Thema in diesem Heft): Man verzichtete – wohl nicht zuletzt auf Druck Chinas – auf eine explizite Unterstützung der amerikanischen Angriffe auf die Taliban in Afghanistan.

Konkret unterstützte China diese Militäroperationen jedoch bereits im Vorfeld durch die Bereitstellung von geheimdienstlichen Informationen für die USA. Auch geht man davon aus, dass die pakistanische Unterstützung der USA, abgesehen von gesundem Eigeninteresse, auch auf den Einfluss Chinas zurückzuführen sei.

Die VR China selbst hatte bereits im Vorfeld der amerikanischen Luftangriffe auf Afghanistan die Sicherheitsvorkehrungen in der angrenzenden Region Xinjiang deutlich verstärkt. Aus der Militärgarnison von Tashkurgan, die der afghanischen Grenze und der wichtigen Straßenverbindung über den Khunjerab-Pass am nächsten ist, wurde bereits Ende September über eine Truppenkonzentration berichtet. Anfang Oktober hätten diese auf doppelte Truppenstärke angewachsenen chinesischen Verbände hier viermal täglich militärische Übungen ausgeführt. Berichtet wird von insgesamt 4.000 Soldaten der Volksbefreiungsarmee in der 6.000 Einwohner zählenden, fast ausschließlich von Tadschiken und Uiguren bewohnten Bergstadt.

Auf chinesischer Seite bestand offenbar die Furcht, die Kampfhandlungen in Afghanistan könnten zu einer Destabilisierung in Xinjiang beitragen. Aus diesem Grunde fanden im 285 km entfernten Kashgar wohl auch bereits seit September wiederholt Übungen paramilitärischer Verbände zur Aufstandsbekämpfung statt.

Am 8. Oktober bestätigte das chinesische Außenministerium, dass sowohl die Grenze zu Afghanistan als auch die gesamte Region um Tashkurgan

zunehmend für alle Außenstehenden gesperrt sei und dies auch für ausländische Touristen und Reporter gelte. Bereits im September war berichtet worden, dass die Grenze geschlossen worden sei. Ganz abgesehen davon, dass Flüchtlingsströme aus der von der Nordallianz kontrollierten Grenzregion eigentlich kaum zu erwarten waren, hatte und hat China kein Interesse an der Aufnahme afghanischer Flüchtlinge im überwiegend muslimischen Xinjiang. Vielmehr ist Pakistan hierfür aus chinesischer Sicht prädestiniert. Aus diesem Grund und wohl auch nicht zuletzt, um zu zeigen, wo die wahren Freunde Pakistans sind, kündigte die chinesische Regierung am 18. Oktober die bevorstehende Lieferung von dringend benötigten Hilfsgütern im Wert von ca. 1,2 Mio. US\$ an. Den in der Zwischenzeit nach Pakistan geflüchteten Afghanen sollten davon allerdings nur 40% zugute kommen.

Seit Beginn der US-Militärkampagne gegen die Taliban ruft die chinesische Regierung immer wieder zu deren rascher Beendigung auf, unterstützt aber weiterhin das eigentliche Anliegen der Terrorismusbekämpfung. Dies geschieht nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, dass man sich davon auch eine internationale Legitimierung des eigenen Vorgehens gegen die aus Beijings Sicht separatistische und terroristische uighurische Opposition erhofft. Schließlich müsse der internationale Terrorismus überall und in jeglicher Erscheinungsform bekämpft werden. Einig weiß man sich in Beijing in dieser Sache mit Russland, das ähnliche eigene Interessen in Tschetschenien hat. Auf der anderen Seite warnte US-Präsident Bush hingegen trotz des mit China demonstrierten Schulterschlusses die chinesische Regierung vor einer Unterdrückung ethnischer Minderheiten unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung.

Auch im Hinblick auf die Zukunft Afghanistans in der Zeit nach dem Ende der Herrschaft der Taliban vertritt China zunehmend dezidiert eigene Interessen und weiß sich damit in guter Gesellschaft in der Region. Grundsätzlich ist man in Beijing der Meinung, eine Lösung der afghanischen Probleme müsse durch das afghanische Volk selbst herbeigeführt werden. Mit anderen Worten: China wünscht die Ach-



tion der Souveränität und der territorialen Integrität des Nachbarstaates und lehnt eine Lösung in Form eines Protektorats oder einer Besetzung durch ausländische Truppen ab. Insbesondere eine längere Präsenz der USA in diesem Hinterhof Chinas wäre Beijing ein Dorn im Auge. Daher plädiert die chinesische Regierung unablässig für eine führende Rolle des UN-Sicherheitsrates, in dem sie selbst als ständiges Mitglied ein entscheidendes Wort mitzureden in der Lage wäre.

Eine tragfähige Lösung für die Zukunft Afghanistans ist aus chinesischer Sicht nur durch eine Regierung unter Einbeziehung aller Ethnien des Landes zu erreichen. Bereits vor Diskussionen zwischen Staatspräsident Jiang Zemin und dem amerikanischen Präsidenten Bush am Rande des APEC-Gipfels in Shanghai machte Zhu Bangzao, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, den chinesischen Standpunkt auf einer Pressekonzferenz deutlich: Das Problem solle in Afghanistan selbst gelöst werden. Eine zukünftige afghanische Regierung solle eine möglichst breite Basis besitzen und in der Lage sein, die Interessen des afghanischen Volkes zu vertreten. Eine Zustimmung der internationalen Gemeinschaft sei Voraussetzung jedes innerafghanischen Planes für die Lösung der Probleme des Landes. Nicht zuletzt gebühre den Vereinten Nationen eine Hauptrolle in diesem Prozess.

Darüber hinaus erhebt die chinesische Regierung eine weitere Forderung bezüglich einer möglichen neuen Regierung in Afghanistan und weiß sich damit einig mit Pakistan. Eine künftige afghanische Regierung solle aus einer breiten Koalition bestehen und ihren Nachbarn freundlich gesonnen sein.

Auf die Frage, ob China im Falle einer Friedensmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bereit sei, auch entsprechende Truppenkontingente in das Nachbarland zu entsenden, blieb Zhu Bangzao allerdings eine konkrete Antwort schuldig. Er zog sich darauf zurück, dass derartige Pläne in der UNO noch nicht diskutiert worden seien, man aus diesem Grunde keinen eigenen Standpunkt dazu formulieren könne. Diese Haltung dürfte jedoch das allgemeine Widerstreben Chinas ausdrücken, mit

eigenen Einheiten an UN-Missionen außerhalb der eigenen Grenzen teilzunehmen und damit der selbst geforderten größeren Rolle in der Weltpolitik und in den Vereinten Nationen gerechter zu werden. (CNN online, 7.10.01, via: <http://www.cnn.com/2001/WORLD/asiapcf/east/10/07/re.t.china.reax/index.html>; Metro Broadcast online, 9.10.01, nach BBC PF, 10.10.01; *The Frontier Post* online, 1.1.01, nach BBC PF, 2.10.01; XNA, 19.10.01; ZTS, 18.10.01, nach BBC PF, 19.10.01; ZTS, 20.10.01, nach BBC PF, 21.10.01; ZXS, 17.10.01, nach BBC PF, 18.10.01; ZXS, 20.10.01, nach BBC PF, 21.10.01; FAZ, 2.10., 12.10., 20.10.01; FT, 9.10., 18.10.01) -kg-

## 2 Ist Chinas Einfluss in Zentralasien gefährdet?

Der 11. September hat die Weltlage gründlich verändert. Zwar könnte sich die VR China glücklich schätzen, dass ihr eigenes Vorgehen gegen Separatisten in Xinjiang weltweit mehr Verständnis entgegengebracht wird als zuvor, doch andererseits scheinen mühsam geschmiedete Koalitionen in Gefahr, scheinen sich die zuvor offenbar erfolgreich aus Zentralasien ferngehaltenen USA hier im Einflussbereich Chinas festsetzen zu wollen und dabei sogar auf bedingte Gegenliebe in der Region selbst zu stoßen.

China hatte seine langgehegten Vorbehalte gegen eine stärkere Integration in Regionalorganisationen im Hinblick auf Zentralasien mit der Gründung der *Shanghai Five* bzw. deren Nachfolgeorganisation, der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), über Bord geworfen und gar die Initiative ergriffen. Damit schien es zunächst gelungen, die ehemals sowjetischen Staaten Zentralasiens sowohl im Kampf gegen islamisch-separatistische Bewegungen auf eigenem Territorium und in der Region als auch in wirtschaftlicher Hinsicht und hier besonders als Lieferanten fossiler Energieträger für die chinesische Wirtschaft um sich zu scharen. Mit den Ereignissen vom 11. September werden diese Erfolge nun jedoch unversehens bedroht.

So blieb die SCO, obgleich durch Beteiligung der Staaten Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan sowie Russ-

lands und Chinas und aufgrund ihrer primären Zielsetzung der Terrorismusbekämpfung eigentlich prädestiniert für eine Führungsrolle in Zentralasien, neben den USA verstummt und tatenlos. Erst am 11. Oktober und auf wiederholtes Drängen Beijings gelang es überhaupt, ein Arbeitstreffen der Teilnehmerstaaten in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek zu organisieren und eine gemeinsame Position im Konflikt um Afghanistan zu finden. Selbst diese gemeinsame Erklärung bestand jedoch weitgehend aus der Wiederholung der bereits zuvor erreichten Übereinstimmung, gemeinsam gegen Terrorismus und Extremismus in der Region vorgehen zu wollen. Zu einer Stellungnahme in Bezug auf die Militäroperationen der USA gegen die Taliban konnte man sich offensichtlich nicht einigen, weshalb diese unkommentiert blieben.

Diese Tatsache kann jedoch nicht weiter verwundern, hatten die USA doch zuvor erhebliche diplomatische Anstrengungen unternommen, um die zentralasiatischen Staaten und auch Russland als weiteres Mitglied der SCO zu einer dringend benötigten praktischen Unterstützung der US-Angriffe zu bewegen. Tadschikistan und Usbekistan genehmigten die Stationierung von US-Truppen und -Gerät auf ihrem Boden, Russland schwieg dazu und gewährte selbst Überflugrechte für die USA. Aus chinesischer Sicht bedeutet dies einen erheblichen Bodengewinn der Macht, die es aus dieser Weltregion eigentlich fernzuhalten galt. Besonders bedenklich dürfte aus Sicht Beijings hier der öffentliche Schulterchluss zwischen Bush und Putin sein, wobei letzterer in seiner Unterstützung für die amerikanische Sache deutlich weiter zu gehen bereit war als China. So droht Russland sich aus der erdrückenden Umarmung zu lösen, in die es sich mit dem russisch-chinesischen Freundschaftsvertrag begeben hatte; selbst der ABM-Vertrag scheint nun zur Verhandlungsmasse zu werden.

Eine ursprünglich denkbare Rolle der SCO als Regionalorganisation mit entsprechender Zielsetzung war durch diese von den USA herbeigeführten bilateralen Lösungen obsolet geworden. Ebenso läuft China, das in diesem Prozess zum Zuschauer verdammt



ist, Gefahr, seinen mühsam aufgebauten Einfluss zu verlieren. Gelingt es Beijing nicht, Bewegung in die SCO zu bringen, könnte die Organisation selbst, gerade erst aus der Taufe gehoben, in einen Tiefschlaf und in die Bedeutungslosigkeit versinken.

Selbst in Pakistan sieht sich China unversehens auf schwierigem Boden, nachdem dieser befreundete Staat aus Sicht der USA plötzlich sehr nützlich geworden ist und vom schurkenähnlichen Paria zum Unterstützer des Kampfes der Vereinigten Staaten aufgerückt ist. Sollte das Tauwetter zwischen Washington und Islamabad anhalten, könnte auch Pakistan zu der Ansicht gelangen, dass die USA als ortsfremde Macht langfristig mehr zu geben haben als China mit seinem ausgeprägten regionalen Eigeninteresse. Darüber werden auch kurzfristige Geschenke der chinesischen Regierung nicht hinwegtäuschen können (vgl. Übersicht zu Afghanistan).

Vor diesem Hintergrund wird nur allzu verständlich, warum die chinesische Regierung gebetsmühlenartig ihre Forderung nach einer raschen Beendigung der Militäroperationen in Afghanistan und eine Lösung aus Afghanistan selbst heraus fordert. Je eher die amerikanische Präsenz in der Region ihre Legitimation verliert und die Vereinten Nationen eine ordnende Rolle einnehmen, desto eher wird China auch in der Lage sein, verlorenen Boden wieder gut zu machen. (IHT, 19.10.01; The Telegraph, 16.10.01, nach FBIS, 17.10.01; AFP, 11.10.01, nach FBIS, 12.10.01; WSJ, 19.10.01; FAZ, 12.10.01) -kg-

### 3 China, die UNO, der Terrorismus und die internationale Sicherheit

Beginnend mit dem 1. Oktober widmete sich die 56. Vollversammlung für eine Woche primär dem Thema Terrorismus bzw. seiner Bekämpfung. China nutzte diese Gelegenheit und eine Reihe weiterer UN-Foren zur Klarstellung seiner grundsätzlichen Haltung zur Terrorismusproblematik. Demnach verurteilt die VR China Terrorismus in jeder Form und jeder Manifestation. Chinas Politik im Grundsatz sei es, alle terroristischen Aktivitäten zu verhindern und

zu bekämpfen. Dieser Standpunkt, der auch die Bekämpfung oppositioneller Strömungen insbesondere in Tibet und Xinjiang einschließt, wurde seither von chinesischer Seite mehrfach und unverändert zu verschiedenen Gelegenheiten wiederholt.

Die Terrorismus-Debatte in der UN-Vollversammlung begann nur drei Tage, nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in kürzester Zeit die Resolution verabschiedet hatte, die allen 189 Mitgliedsstaaten auferlegt, künftig Terroristen Geld, Unterstützung und Unterschlupf grundsätzlich zu verweigern. Alle Staaten sind gemäß der Resolution verpflichtet, die bewusste Finanzierung zu einem Verbrechen zu erklären und unter Strafe zu stellen, Geldguthaben mit Bezug zu Terrorismus sofort einzufrieren sowie Bewegungen von Personen und Gruppen, die im Verdacht stehen, mit Terroristen in Verbindung zu stehen, zu verhindern.

Insbesondere hinsichtlich der Finanzierung des Terrorismus habe China nach Auskunft der Regierung in Beijing Mitte Oktober bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um der Resolution gerecht zu werden. Der stellvertretende chinesische Finanzminister Li Liqun betonte darüber hinaus, für die chinesische Regierung komme Maßnahmen gegen Geldwäsche große Bedeutung zu, und China habe kontinuierlich am internationalen Kampf dagegen aktiv teilgenommen. Bereits einige Tage zuvor hatte das chinesische Außenministerium erklärt, die USA hätten China Ermittlungsergebnisse im Zusammenhang mit den terroristischen Attentaten vom 11. September übermittelt, und die chinesischen Behörden hätten sich dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus mit eigenen Ermittlungen angeschlossen. Bereits am 25. September hatte eine chinesische Delegation in den USA Informationen im Zusammenhang mit den Terrorangriffen übergeben. Konkrete Maßnahmen zur Sperrung von Konten chinesischer Banken, bei denen ein Zusammenhang mit Terroristen vermutet wurde, wurden ebenfalls unternommen.

In personam seines ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen, Wang Yingfan, nutzte die Volksrepublik China die Terrorismus-Debatte der UN-

Vollversammlung jedoch, um für eine führende Rolle der UNO im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu plädieren. Die Vereinten Nationen seien ein wichtiger Rahmen für die Kooperation der verschiedenen Länder gegen den Terrorismus. Grundlage müsste allerdings die Einhaltung der Charter der Vereinten Nationen sowie aller relevanten Resolutionen und Konventionen sein.

China selbst sei bereits Vertragspartei in neun von insgesamt bislang zwölf internationalen Konventionen gegen den Terrorismus. Weiterhin bereite man sich gegenwärtig aktiv auf den Beitritt zu zwei weiteren, erst „kürzlich verabschiedeten“ diesbezüglichen UN-Konventionen vor. Dabei handle es sich namentlich um die *International Convention for the Suppression of Terrorist Bombing*, verabschiedet am 9.1.1998 (siehe: <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/un52164.htm>) sowie die *International Convention for the Suppression of Financing of Terrorism*, verabschiedet am 9.12.1999 (siehe: <http://www.un.org/law/cod/finterr.htm>).

Woran China ganz augenscheinlich keinerlei Interesse hat, das ist eine Verknüpfung des Problems des Terrorismus mit Fragen der Religion oder der Ethnizität. Auf chinesischer Seite möchte man den Terrorismus gern isoliert und einzig unter dem Aspekt des kriminellen Verhaltens betrachten. Diese Einstellung brachte u.a. Zhang Xinseng als Leiter der chinesischen Delegation bei der 31. Vollversammlung der UNESCO am 17. Oktober zum Ausdruck. Hierbei handelt es sich offenbar um eine Reaktion auf US-amerikanische Kritik, China dürfe keinesfalls unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung die Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten betreiben.

Auf einer anderen von den Vereinten Nationen bereitgestellten Bühne versuchte die VR China, die Geschehnisse vom 11. September und die weltweiten Reaktionen in einen größeren Kontext einzubetten. Das Forum dafür bot die Kommission für Abrüstung und internationale Sicherheit (First Committee) der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Hu Xiaodi, der chinesische Gesandte in diesem Gremium, betonte, die terroristischen An-



griffe in den USA (sic! nicht auf die USA) hätten aufs Neue die Bedeutung der internationalen Kooperation für die Wahrung des Weltfriedens und die Sicherheit der Staaten vor Augen geführt. Daraus leitete er weiter ab, die dringenden Aufgaben unserer Zeit seien Rüstungskontrolle und Abrüstung, um dann für eine zentrale Rolle der UNO im Rahmen einer globalen und kollektiven Sicherheitsarchitektur einzutreten. In der neuen Situation nach dem 11. September dürfe deren Integrität und Autorität keinesfalls untergraben werden. Vielmehr müssten diese gestärkt und verbessert werden.

Nach dieser Einleitung folgte das eigentlich zentrale Argument, als Hu anschließend ausführte, ohne die USA allerdings beim Namen zu nennen, Blutvergießen und Terror hätten deutlich bewiesen, dass eine Raketenabwehr des Typs Maginot-Linie einfach keinen geeigneten Weg zur Behandlung von Terrorismus darstellte. Diese Verteidigungsstrategie werde lediglich zu einem falschen Gefühl der Sicherheit führen und zu Misstrauen zwischen den Staaten beitragen. Abschließend rief er „das betreffende Land“ auf, dem Appell der internationalen Gemeinschaft zu folgen und die Entwicklung und die Stationierung von destabilisierenden Raketenabwehrsystemen einzustellen. (XNA, 3.10., 4.10., 5.10., 11.10., 19.10.01; ZTS, 9.10.01, nach BBC PF, 10.10.01; ZXS, 18.10.01, nach BBC PF, 20.10.01; ZXS, 24.10.01, nach BBC PF, 25.10.01; Xinhua, 3.10.01, nach BBC PF, 5.10.01; ZXS, 24.10.01, nach FBIS, 25.10.01; iMail online, 6.10.01, nach BBC PF, 7.10.01) -kg-

#### 4 China und die USA – oberflächlich freundlich

So schrecklich die terroristischen Angriffe auf die USA am 11. September auch waren, so bedeuteten sie für das amerikanisch-chinesische Verhältnis zumindest kurzfristig einen positiven Impuls. China unterstützt die USA – wenn auch nicht uneingeschränkt und bedingungslos – in ihrem Kampf gegen den Terrorismus (vgl. das Thema zur APEC in diesem Heft sowie Holbig, Heike, „Chinas Reaktion auf die Anschläge vom 11. September“, in: C.a., 2001/09, S.976-982), und Washington definierte da-

raufhin sein Verhältnis zu Beijing erneut um. Nicht mehr von einem strategischen Konkurrenten ist nun offiziell die Rede, sondern von einer „konstruktiven kooperativen Beziehung“ zwischen den beiden Staaten.

Grundsätzlich, darin sind sich die internationalen Beobachter einig, hat sich am schwierigen Verhältnis zwischen China und den USA auch nach dem 11. September wenig Substantielles geändert. Man braucht einander in der gegenwärtigen Situation nur etwas mehr als in ruhigeren Zeiten. Und man ist sich der gemeinsamen Verantwortung vielleicht etwas mehr bewusst.

Im Gegenzug zur chinesischen Unterstützung der amerikanischen Position im Vorgehen gegen Terrorismus und die Taliban, für den Verzicht auf die ansonsten von Seiten Chinas zu erwarten gewesene Kritik an der Militärintervention in dem souveränen Staat Afghanistan sowie für konkrete unterstützende Maßnahmen der chinesischen Regierung und die wahrscheinlich hinter den Kulissen erfolgte Geltendmachung des chinesischen Einflusses auf Pakistan im Sinne einer Kooperation, verzichteten die USA ihrerseits in verschiedenen Kontexten zunächst weitgehend auf sonst übliche Kritik an China. Konfliktreiche Themen der bilateralen Beziehungen wie die Einhaltung der Menschenrechte in China, die chinesische Haltung in der Frage der Proliferation von nuklearwaffentauglicher Technologie sowie die Taiwan-Frage (vgl. den Beitrag zum APEC-Gipfel in diesem Heft) wurden zunächst bis auf Weiteres von der Agenda gestrichen.

Nur so war ein unbelastet scheinendes Treffen zwischen US-Präsident Bush und Staatspräsident Jiang Zemin auf dem APEC-Gipfel in Shanghai vom 20. bis 21. Oktober möglich. Als konkretes Ergebnis ihrer bilateralen Konsultationen am Rande der Tagung konnten Jiang und Bush jedoch zumindest vermelden, dass man übereingekommen sei, einen Mechanismus für direkte hochrangige Kontakte und Kommunikation zwischen beiden Regierungen einzurichten, wie Jiang Zemin dies vorgeschlagen hatte. Man werde diesen neuen Kommunikationskanal für einen Austausch über wichtige und aktuelle internationale Fragen nutzen. Insbesondere Jiang Zemin

betonte, es sei von größter Wichtigkeit, dass die Führer der beiden Staaten kurzfristig miteinander in Kontakt treten könnten, sobald große Probleme auftreten, meinte damit aber den direkten persönlichen Kontakt mit Bush von Angesicht zu Angesicht.

Ob das Tauwetter anhält und die in der Bewältigung der akuten Krise nach den Terrorangriffen durch beiderseitige Goodwill-Bekundungen auf der Basis ausgeprägter Eigeninteressen errichtete neue Grundlage der bilateralen Beziehungen sich als tragfähig erweist, wird insbesondere die kritische Zeit nach dem zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Übersicht bevorstehenden militärischen Niederlage der Taliban in Afghanistan zeigen. Denn weder chinesische Flugzeugbestellungen bei Boeing noch die Ankündigung einer möglichen Rücknahme des Verbots der Ausfuhr von bestimmten militärischen Ersatzteilen nach China können darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin grundlegende Meinungsunterschiede und Interessen das Verhältnis zwischen den USA und China belasten.

Auch die Krise nach der Flugzeugkollision vom 1. April des Jahres scheint letztlich noch nicht völlig beigelegt zu sein. Nachdem Bush bereits wieder abgereist und der APEC-Gipfel erfolgreich abgeschlossen war, war aus dem chinesischen Außenministerium am 25. Oktober nach längerer Funkstille erneut zu hören, man werde auf der geforderten Entschädigungssumme von etwa einer Million US\$ bestehen und werde die seitens der USA vorgeschlagenen 34.000 US\$ keinesfalls akzeptieren. Die USA hingegen betrachteten die Angelegenheit als endgültig beigelegt. Es scheint daher, dass China trotz aller Solidaritätsbekundungen und Versicherungen, um ein gutes Verhältnis mit den USA bemüht zu sein, bisher nicht auf diesen kleinen Stachel verzichten will oder kann. (ZTS, 19.10.01, nach BBC PF, 20.10.01; AFP, 19.10.01, nach FBIS, 22.10.01; IHT, 18.10., 22.10.01; DGB online, 20.10.01, nach FBIS, 22.10.01; RMRB online, 24.10.01, nach BBC PF, 25.10.01; ZXS, 18.10.01, nach FBIS, 19.10.01; AFP, 8.10.01, nach FBIS, 9.10.01; *The Straits Times* online, 2.10.01; Hong Kong Commercial Radio online, 25.10.01, nach BBC PF, 26.10.01) -kg-



## 5 China-Besuch Koizumis – nach chinesischen Spielregeln

Der japanische Ministerpräsident reiste am 8. Oktober zu einem eintägigen Arbeitsbesuch nach Beijing. Der Besuch in China diente, wie auch ein anschließender in Südkorea, zum Kitten des diplomatischen Porzellans, das die japanische Regierung aus chinesischer Sicht durch die verzerrende und beschönigende Darstellung des japanischen Aggressionskrieges gegen seine asiatischen Nachbarn in der Neufassung japanischer Schulbücher (vgl. C.a., 2001/03, Ü 6) und mit dem Besuch Koizumis im Yasukuni-Schrein (vgl. C.a., 2001/08, Ü 5) zerschlagen hatte.

Bereits seit längerer Zeit hatte sich Koizumi in Beijing um eine Einladung für seinen ersten Besuch in China in der Funktion als japanischer Ministerpräsident bemüht und sich in dieser Angelegenheit mit vier Briefen an die chinesische Regierung gewandt. Japan wollte in dieser Sache Initiative zeigen und vermeiden, dass das belastete Verhältnis zu China den APEC-Gipfel Ende Oktober in Shanghai beeinträchtigt. Auch der chinesischen Regierung war an einer reibungslosen und strahlenden Ausrichtung des APEC-Gipfels gelegen. Erst am 13. September erfolgte jedoch eine bedingt positive Reaktion Beijings in Form einer Stellungnahme Jiang Zemin.

Jiang Zemin stellte allerdings Bedingungen für einen Besuch Koizumis. Japan müsse zeigen, dass es zu historischer Einsicht gelangt sei, und während des Besuchs durch konkrete Taten unter Beweis stellen, dass es wilens sei, die sino-japanischen Beziehungen zu reparieren. Beijing verlangte daher, Koizumi müsse die Gedenkhalle für den Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression und die Marco-Polo-Brücke (Lugou Qiao) zur ersten Station seines Arbeitsbesuches machen. Nach seinem Besuch der Gedenkhalle solle er über seine Eindrücke sprechen. Und schließlich solle er seinen Standpunkt in der Frage klarmachen, ob er auch im nächsten Jahr plane, erneut den Yasukuni-Schrein zu besuchen.

Koizumi ließ sich auf die chinesischen Spielregeln ein und besuchte unmittelbar nach seiner Ankunft in China die

Gedenkhalle für den antijapanischen Krieg an der Marco-Polo-Brücke ca. 15 km südwestlich von Beijing. In der Gedenkstätte legte er als erster japanischer Regierungschef einen Kranz nieder und verbeugte sich zweimal (bereits im Mai 1995 hatte der damalige Ministerpräsident Murayama die Gedenkhalle besucht). Im Anschluss sah er sich die Ausstellung an, in der japanische Kriegsgreuel wie das Massaker von Nanjing dokumentiert sind.

Auch der zweiten chinesischen Forderung kam er nach. Er erklärte, nach dem Rundgang durch die Ausstellung sei er zu einem tiefen Verständnis für die Tragödie des Krieges gelangt. Er artikuliert seine tief empfundene Entschuldigung und sein Beileid für alle Chinesen, die während der japanischen Aggression ihr Leben verloren hatten. Lediglich eine klare Aussage zu der Frage, ob er auch zukünftig den Yasukuni-Schrein zu besuchen gedenke, blieb Koizumi schuldig. Von chinesischer Seite hieß es aus dem Außenministerium inoffiziell, Koizumis Haltung und Verhalten in China deuteten wohl darauf hin, dass ein neuerlicher Besuch in dem Schrein, in dem auch Kriegsverbrecher geehrt werden, wohl nicht geplant sei – eine sehr wohlwollende Interpretation.

Die chinesische Regierung zeigte sich zunächst grundsätzlich zufrieden, war sich aber wohl im Klaren darüber, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr zu erwarten gewesen war. Jiang Zemin kündigte in einem anschließenden Gespräch in Beijing an, man könne sich jetzt voll und ganz der Vorbereitung der diversen Aktivitäten zur Feier des 30. Jahrestages der Normalisierung der bilateralen Beziehungen im kommenden Jahr zuwenden. Jiang verband dieses positive Signal der chinesischen Seite jedoch auch mit der Warnung, die Geschichte sei der Spiegel, in dem die Zukunft gesucht werden müsse. Er rief zu weiteren konkreten Taten auf japanischer Seite auf. Die Schulbuchfrage sei weiterhin nicht zufriedenstellend beantwortet.

Ebenfalls im Hinblick auf die japanische aggressive Vergangenheit warnte Jiang Zemin, Japan möge in Hinsicht auf seine geplante Ausweitung des militärischen Engagements im Zusammenhang mit den Anti-Terror-Operationen unter amerikanischer Füh-

rung Weisheit zeigen. China stehe jeder Veränderung oder Erweiterung der Rolle der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte äußerst kritisch gegenüber, auch wenn es sich bei den geplanten unterstützenden Maßnahmen lediglich um logistische Hilfe wie medizinische Dienstleistungen und den Transport von Ausrüstung handeln soll.

Sun Yuxi, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, verlieh im Nachgang zu Koizumis Besuch dem chinesischen Wunsch Ausdruck, dieses Treffen möge als Ausgangspunkt für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen dienen. Allerdings komme Japan dabei die entscheidende Rolle zu. Alles hänge von der korrekten Einstellung Japans ab. Im Übrigen seien die Irritationen im bilateralen Verhältnis nicht mit einem einzigen Besuch aus der Welt zu schaffen. Im Rahmen des Treffens der Staats- und Regierungschefs der APEC-Länder später in Shanghai fand kein weiteres Treffen zwischen Jiang Zemin und Koizumi statt. (*Wen Wei Po* online, 9.10.01, nach FBIS, 11.10.01; Xinhua, 8.10.01, nach BBC PF, 9.10.01; RMRB online, 8.10.01, nach FBIS, 9.10.01; Kyodo News Service, 8.10.01, nach BBC PF, 9.10.01; Kyodo News Service, 12.10.01, nach BBC PF, 13.10.01; Kyodo News Service, 19.10.01, nach BBC PF, 20.10.01; Kyodo News Service, 21.10.01, nach BBC PF, 22.10.01; RMRB online, 8.10.01, nach BBC PF, 9.10.01; XNA, 9.10., 10.10.01) -kg-

## 6 Deutscher Kanzlerbesuch in China – politisch wenig gehaltvoll

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder besuchte Ende Oktober bis Anfang November auf Einladung des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji China. Stationen seiner dreitägigen Reise waren Beijing, Dalian und Shanghai. Bei dem Besuch handelte es sich in erster Linie um eine wirtschaftlich dominierte Veranstaltung. Abgesehen von Innenminister Schily und Bundestagsabgeordneten wurde Schröder in erster Linie von hochrangigen Vertretern der deutschen Wirtschaft begleitet (vgl. die außenwirtschaftliche Übersicht zu diesem Thema in diesem Heft).



In seinem Meinungsaustausch mit Zhu Rongji stimmte Schröder mit seinem Gastgeber darin überein, dass auf beiden Seiten Zufriedenheit über die „nachhaltige Entwicklung der bilateralen Kooperation in verschiedenen Feldern“ herrsche. Der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua gemäß sagte Schröder, aus seiner Sicht gebe es derzeit keine politischen Probleme zwischen Deutschland und China.

Auch der internationale Kampf gegen den Terrorismus war ein Thema des Gesprächs mit Zhu Rongji. Im Anschluss hieß es, beide Regierungschefs seien sich hinsichtlich der zentralen politischen Fragen dieser Thematik einig. Zhu Rongji betonte, Schröder und er seien sich einig hinsichtlich der Maßnahmen, die gegen den internationalen Terrorismus zu ergreifen seien.

Weiter heißt es bei Xinhua, Zhu Rongji habe in dem Gespräch ausgeführt, der Kampf Chinas gegen die terroristischen Kräfte „Ost-Turkestans“ sei Teil der internationalen Aktionen gegen Terrorismus, und die internationale Zusammenarbeit solle auch in dieser Hinsicht gestärkt werden. Nach Aussage Zhus seien die Positionen Chinas und Deutschlands in dieser Frage identisch, und China sei bereit, die Kooperation mit Deutschland und der Europäischen Union auf diesem Feld zu stärken. (XNA, 31.10.01, nach BBC PF, 1.11.01) Diese Aussagen zu identischen Ansichten kommen überraschend, hatte das Europäische Parlament doch gerade erst zehn Tage zuvor eine Resolution verabschiedet, in der die VR China der Unterdrückung der Uighuren in Xinjiang beschuldigt wird.

Aus deutscher Sicht sind es jedoch offensichtlich andere Gebiete, die im Mittelpunkt der bilateralen Beziehungen stehen. Von zentraler Bedeutung sind die wissenschaftlich-technische Kooperation sowie die Entwicklungszusammenarbeit. Davon kündeten zuletzt die ca. 12.000 chinesischen Studenten und Wissenschaftler, die gegenwärtig an deutschen Universitäten studieren oder forschen. Schröder sagte, die VR China werde auch zukünftig ein wichtiger Partner auf diesem Gebiet sein.

Innenminister Otto Schily, der Schröder begleitete, traf zu einer Unterredung mit dem chinesischen Minister für Öffentliche Sicherheit, Jia Chunwang, zusammen. Themen dieses Arbeitsgesprächs waren die Terrorismusbekämpfung, internationale Wirtschaftsverbrechen, Drogenkriminalität sowie das Problem der illegalen Einwanderung. Aus chinesischer Sicht handelt es sich laut Jia Chunwang bei der Kooperation mit Deutschland bei der Bekämpfung transnationaler Kriminalität sowie im Hinblick auf die Ausbildung und Ausrüstung der Polizeikräfte um eine umfassende und fruchtbare Kooperation. Schröder selbst hatte bereits im Gespräch mit Zhu Rongji festgestellt, dass auch der bilaterale Rechtsstaatdialog gut vorankomme. (FAZ, 20.10.01; XNA, 31.10., 2.11.01; Xinhua, 30.10.01, nach BBC PF, 31.10.01; XNA, 1.11.01; ZXS, 1.11.01, nach BBC PF, 2.11.01; Xinhua, 1.11.01, nach BBC PF, 3.11.01; ddp, 31.10.01, nach BBC PF, 1.11.01) -kg-

## 7 Diplomatische Kontakte zwischen Beijing und dem Hüter des Heiligen Stuhls

Als positives Zeichen wurden im chinesischen Außenministerium Ende Oktober die Worte der Entschuldigung aufgenommen, die Papst Johannes Paul II Ende Oktober im Rahmen einer internationalen Konferenz über Matteo Ricci in Rom für die Fehler, die seitens einiger katholischer Missionare in der Ära des Kolonialismus gegenüber Chinesen gemacht wurden. Er richtete diese – inhaltlich substanzlose – Entschuldigung ausdrücklich an China und verband sie mit der Hoffnung, noch zu seinen Lebzeiten eine Reise dorthin unternehmen zu können.

Die chinesische Regierung reagierte grundsätzlich positiv auf die Aussagen des Papstes und auf seinen Wunsch für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik China. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Sun Yu-xi betonte auf einer Pressekonferenz zu diesem Thema befragt, ihm liege der Text der päpstlichen Rede noch nicht vor, weshalb er diese selbst aus chinesischer Sicht nicht kommentieren könne. Für eine Verbesserung der Be-

ziehungen zum Vatikan, an der China interessiert sei, müssten auf Seiten des Vatikan jedoch gewisse bekannte Vorbedingungen erfüllt werden. Zunächst seien die „diplomatischen Beziehungen“ (sic) mit Taiwan abubrechen und die Regierung der Volksrepublik China als einzig legale Regierung ganz Chinas, dessen unveräußerlicher Teil Taiwan darstelle, anzuerkennen. Zum Zweiten müsse der Vatikan sich dazu bekennen, sich zukünftig nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Das solle auch in Fragen der Religionsausübung gelten.

Hintergrund letzterer Vorbedingung ist der langanhaltende Streit über den Status der Patriotischen Katholischen Kirche Chinas, die katholische Untergrundkirche sowie um das Recht zur Ernennung von Bischöfen. Hinzu kommt die tiefe Verärgerung, die Beijing über die letztjährige Heiligsprechung von im 19. und 20. Jahrhundert in China tätigen Missionaren, die aus chinesischer Sicht Helfershelfer des Imperialismus waren. Die chinesische Regierung drückte denn auch ihr tiefes Bedauern darüber aus, dass der Papst sich nicht auch für diesen Fehler der katholischen Kirche aus jüngster Vergangenheit entschuldigt habe. (XNA, 26.10., 31.10.01; Hong Kong Commercial Radio online, 25.10.01, nach BBC PF, 26.10.01; FT, 26.10.01) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 8 Die „Xinjiang-Frage“ im Licht der internationalen Öffentlichkeit

Die muslimisch bevölkerte Autonome Region Xinjiang im äußersten Nordwesten Chinas ist im Gefolge der Anschläge des 11. September stärker ins Licht der Weltöffentlichkeit gerückt. Dazu haben nicht nur die US-amerikanischen Militärschläge im angrenzenden Afghanistan beigetragen, sondern auch offizielle Äußerungen chinesischer Regierungssprecher, wonach Verbindungen zwischen muslimischen Separatisten in Xinjiang und dem Terrorismusnetzwerk Osama Bin Ladens bestünden.